

Aktuelle Steuer-Nachrichten

1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung:

a) Bundesrat stimmt Gesetz zur Erbschaftsteueranpassung zu

Der Bundesrat hat am 14.10.2016 dem vom Deutschen Bundestag am 29.09.2016 beschlossenen Gesetz zur Anpassung des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Fassung der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 22.09.2016 zugestimmt. Mit den Änderungen durch das nun beschlossene Gesetz beschäftigen sich mehrere Autoren in dieser Ausgabe. Viskorf/Löcherbach/Jehle bieten einen Überblick über das gesamte Änderungsgesetz (S. 2425). Anschließend setzt sich Korezkij gezielt mit dem neuen Verwaltungsvermögenstest auseinander (S. 2434). Reich bietet im Praxisforum einen Überblick über sich nunmehr bietende Gestaltungsmöglichkeiten (S. 2447). (Bundesrat, Beschluss vom 14.10.2016 - BR-Drs. 555/16 (B); DStR 2016, Heft 42, S. VI)

b) Bundesrat stimmt Gesetz zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität zu

Ebenso zugestimmt hat der Bundesrat dem Gesetz zur Förderung der Elektromobilität. Käufer von Elektro-Autos erhalten damit Steuererleichterungen. Die seit dem 01.01.2016 geltende fünfjährige Kfz-Steuerbefreiung bei erstmaliger Zulassung von E-Autos wird auf zehn Jahre verlängert. Auch das Aufladen privater Elektro- oder Hybridfahrzeuge im Betrieb des Arbeitgebers, das bislang als geldwerter Vorteil versteuert werden musste, ist künftig steuerfrei. Gleiches gilt auch für S-Pedelecs, also zulassungspflichtige Elektrofahrräder, die schneller als 25 km/h fahren können. Zusätzlich wird die Überlassung von Ladevorrichtungen an Arbeitnehmer begünstigt. Die Steuerbefreiung des Ladestroms gilt auch für betriebliche Fahrzeuge, die der Arbeitnehmer privat nutzen kann. (Bundesrat, Beschluss vom 14.10.2016 - BR-Drs. 523/16 (B); DStR 2016, Heft 42, S.VI)

b) Mindestlohn liegt ab 2017 bei € 8,84

Der gesetzliche Mindestlohn wird zum 01.01.2017 von € 8,50 auf € 8,84 brutto je Zeitstunde erhöht. Das Bundeskabinett hat am 26.10.2016 eine entsprechende Verordnung („Mindestlohnanpassungsverordnung“) beschlossen. Umgesetzt wird damit die Entscheidung der Mindestlohnkommission vom Juni 2016.

Noch bis zum 31.12.2017 erlaubt das Mindestlohngesetz allerdings abweichende tarifvertragliche Regelungen; dabei müssen die Tarifvertragsparteien repräsentativ sein und der Tarifvertrag für alle Arbeitgeber und Beschäftigten in der Branche verbindlich gelten. Das betrifft die Fleischwirtschaft, die Branche Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, die ostdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Großwäschereien. Ab dem 01.01.2017 müssen diese Tarifverträge mindestens ein Stundenentgelt von € 8,50 vorsehen. Für Zeitungszusteller gilt ab dem 01.01.2017 ebenfalls ein Mindestlohn von € 8,50.

Ab dem 01.01.2018 müssen dann alle Beschäftigten mindestens den erhöhten gesetzlichen Mindestlohn von € 8,84 erhalten. (Bundeskabinett, Beschluss vom 26.10.2016; DStR 2016, Heft 44, S. XII)

2. Allgemeine Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2017

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.01./13.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.02./13.02.; GewSt, GrundSt: 15.02./20.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- u. Scheckzahler.

3. Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer bei Forderungsausfall aufgrund Insolvenz des Käufers

Der teilweise Ausfall der Kaufpreisforderung und der vereinbarten Stundungszinsen aufgrund Insolvenz des Käufers führt nach einem Urteil des II. Senats des BFH nicht zu einer Änderung der Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer für den Grundstückskauf. Der Senat wies daher die Klage des Insolvenzverwalters einer Erschließungsgesellschaft ab, die während des mehrjährigen Stundungszeitraums der Kaufpreisforderung bis zum jeweiligen Weiterverkauf der Grundstücke insolvent geworden war. Der teilweise Ausfall der Kaufpreisforderung wegen nachträglich eingetretener Insolvenz des Käufers sei kein zur Änderung des Grunderwerbsteuerbescheides führendes rückwirkendes Ereignis. (BFH, Urteil vom 12.05.2016 - II R 39/14; DStR 2016, 2461)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Domstraße 15, 20095 Hamburg

Druckerei:

DATEV eG
Druck- und Versandzentrum, Abteilung P492, 90329 Nürnberg

Verantwortliche Redaktion:

RA/StB Gerhard Schmitt
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: gerhard.schmitt@mazars.de

StB Andreas Lichel

Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: andreas.lichel@mazars.de

Stichwortverzeichnis 2016
Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

Abgabenordnung

- Keine Verlängerung der Festsetzungsfrist bei Subventionsbetrug 4/3
- Steueransprüche verjähren nicht am Wochenende 5/3
- Bürokratienteilungsgesetz, Anhebung der Buchführungsgrenzen 6/3
- Kein Erlass von Nachzahlungszinsen aus sachlichen Billigkeitsgründen wegen Verfassungswidrigkeit der Höhe des gesetzlichen Zinssatzes 7/3
- Erstattungsberechtigter nach § 37 Abs. 2 Satz 1 AO 8/3
- Zur Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist bei ressortfremden Grundlagenbescheiden vor Inkrafttreten von § 171 Abs. 10 Satz 2 AO 11/3
- Wiedereinsetzung nach Jahresfrist 11/4

Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Kabinettsbeschluss zu Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens 1/1a
- Bundestag verabschiedet APAReG 1/1b
- Gewerbesteuerliche Behandlung von negativen Einlagezinsen nach § 8 Nr. 1 Buchst. a GewStG 1/1c
- Ertragsteuerliche Behandlung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen (§ 233a AO) zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; Anwendung des BFH-Urteils vom 15.06.2010 - VIII R 33/07 1/1d
- Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuer-sachen in Kraft getreten 2/1
- Stand der Gesetzgebung 3/1a
- Bundeskabinett billigt Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungs-neubaus 3/1b
- Bundesregierung beschließt Investmentsteuerreformgesetz (InvStRefG) 4/1a
- Förderung des Mietwohnungsbaus 4/1b
- Unionsrechtskonforme Auslegung des § 10 Abs. 5 UStG 5/1a
- Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen für Werkleistungen; BFH-Urteil v. 14.05.2014 (BStBl. II S. 968) BMF-Schreiben vom 29.06.2016 (BStBl. I S. 52) 5/1b
- Behandlung des Bestelleintritts in Leasing-fällen; Änderung des Abschnitts 3.5 Umsatzsteuer-Anwendungserlass 5/1c
- Stand der Gesetzgebung 6/1a
- DStV begrüßt: Finanzausschuss stoppt die drohende Erweiterung des steuerlichen Herstellungskostenbegriffs 6/1b
- Steuersatz für Lieferungen und innergemein-schaftliche Erwerbe von Fotobüchern 7/1
- Mindestlohn soll 2017 auf € 8,84 steigen 8/1a
- Betriebsveranstaltung 8/1b
- Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens 9/1a
- Bundesregierung beschließt Zweites Bürokratienteilungsgesetz 9/1b
- Einbringung eines Wirtschaftsguts in eine Personengesellschaft gegen Gutschrift auf dem sog. Kapitalkonto II; Anwendung der BFH-Urteile vom 29.07.2015 - IV R 15/14 und vom 04.02.2016 - IV R 46/12 9/1c
- Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlust-verrechnung bei Körperschaften 10/1a
- Künstlersozialabgabe sinkt 10/1b
- Regelmäßig wiederkehrende Ausgabe, USt-Vorauszahlung 10/1c
- Bund-Länder-Kompromiss: Bundesrat stimmt Erbschaftsteuerreform zu 11/1a
- Bundesregierung beschließt Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körper-schaften 11/1b
- Bundesländer schlagen Neuregelung der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer vor 11/1c
- Bundesrat stimmt Gesetz zur Erbschaft-steueranpassung zu 12/1a
- Bundesrat stimmt Gesetz zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität zu 12/1b
- Mindestlohn liegt ab 2017 bei € 8,84 12/1c

Bewertungsgesetz

- Basiszins für das vereinfachte Ertragswert-verfahren 2/3

Doppelbesteuerung

- Verluste der österreichischen Betriebsstätte einer deutschen Kapitalgesellschaft nicht abzugsfähig 2/4

Einkommensteuer

- Beachtlichkeit der vertraglichen Kaufpreis-aufteilung für Gebäude-AfA 2/5
- Vorlage an den EuGH zum Sonderaus-gabenabzug von Vorsorgeaufwendungen bei DBA-Freistellung 2/6
- Aufwendungen für Besuchsfahrten des Ehegatten keine Werbungskosten 2/7
- Versorgung und Betreuung eines Haustieres als haushaltsnahe Dienstleistung 2/8
- Minderheitsbeteiligung des Kommanditisten von weniger als 10 % an der Komplementär-GmbH regelmäßig kein notwendiges Sonderbetriebsvermögen II 2/9
- Keine Einbringung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten bei Gutschrift des Gegenwerts allein auf Kapitalkonto II 3/3
- Rückzahlung von Beträgen aus dem steuer-lichen Einlagekonto in zeitlichem Zusammen-hang mit der Liquidation keine steuer-bare Einnahme 3/4
- Keine Berücksichtigung von Schuldzinsen als Werbungskosten im Zusammenhang mit der Finanzierung einer später verzinst zurückerstatteten Einkommensteuer-nachzahlung 5/4
- Abzugsverbot für Sozialversicherungsbei-träge auf eine in Deutschland steuerfreie niederländische Rente 5/5
- „Räuberischer Aktionär“ erzielt einkommen- und umsatzsteuerpflichtige Einnahmen 5/6
- Keine Einbringung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten, wenn Gegenwert des übertragenen Wirtschaftsguts allein dem Kapitalkonto II gutgeschrieben wird 7/4
- Aufwendungen für gemischt genutzte Nebenräume nicht abzugsfähig 7/5
- Keine Zusammenveranlagung und kein Splittingtarif für nicht verheiratete Eltern; kein Abzug der vom Steuerpflichtigen für seine Lebensgefährtin gezahlten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge 7/6
- Entfernungspauschale bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung 8/4
- Teilwertabschreibungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG; voraussichtlich dauernde Wertminderung, Wertaufholungsgebot 10/3
- Warmmiete als ortsübliche Miete im Fall der verbilligten Überlassung von Wohnraum 10/4
- Schornsteinfegerleistungen als Handwerker-leistung 10/5
- Aufwendungen für die Veranstaltung von Golfturnieren als nichtabziehbare Betriebsausgaben 11/5

Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

- Keine Steuerfreistellung des Familienheims bei Abriss und Neubau durch den Erben 6/4
- Unentgeltliche Überlassung keine Selbst-nutzung i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 4c ErbStG 8/5
- Festsetzung der Erbschaftsteuer für den Vorerbfall nah dem Tod des Vorerben 10/6

Finanzgerichtsordnung

- Zulässigkeit der Weitergabe von auf einer „Steuer-CD“ enthaltenden Steuerdaten an saarländischen Landtag 11/6

Gesellschaftsrecht

- KapESt-Erstattungspflicht der Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft im Insolvenzverfahren 7/7

Gewerbesteuer

- Keine erweiterte Kürzung für Grundbesitz, der im Rahmen einer Betriebsaufspaltung überlassen wird 11/7

Grunderwerbsteuer

- Mittelbare Änderung des Gesellschafter-bestandes einer grundbesitzenden (Perso-nen-)Gesellschaft i.S.d. § 1 Abs. 3 GrEStG; BFH-Urteil vom 12.03.2014 - II R 51/12 8/6
- Bemessungsgrundlage der Grunderwerb-steuer bei Forderungsausfall aufgrund Insol-venz des Käufers 12/3

Investitionszulage

- Errichtung eines Hotelgebäudes und dessen Innenausstattung als einheitliches Erstinvestitionsvorhaben 7/8

Kindergeld

- Konsekutives Masterstudium als Teil der Erstausbildung 2/10

Körperschaftsteuer

- Qualifizierung des § 8c Abs. 1a KStG als unionsrechtswidrige Beihilfe durch EU-Kommission rechtens 3/5
- vGA bei privater Mitveranlassung von Reisen des Gesellschafter-Geschäftsführers 4/4
- Vereinbarung eines Arbeitszeit- oder Zeitwert-kontos als verdeckte Gewinnausschüttung 5/7
- Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuer-lichen Reisekostenrechts - "Kleine Organ-schaftsreform" 7/9
- Von Partei veranstaltetes Rockkonzert mit politischen Reden in den Pausen steuer-pflichtig 7/10
- Private Equity Gesellschaft als Finanzunter-nehmen i.S.d. § 8b Abs. 7 KStG 8/7
- Verkauf von Vorratsgesellschaften führt zu Ausgabenabzugsverbot nach § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG 11/8

Lohnsteuer

- Ertragsteuerliche Beurteilung von Betriebs-veranstaltungen 2/11

Solidaritätszuschlag

- Kein vorläufiger Rechtsschutz gegen die Festsetzung des Solidaritätszuschlags 8/8

Umsatzsteuer

- Kurzfristige Überlassung von Zimmern in „Stundenhotel“ ist keine steuerpflichtige Beher-bergung, sondern steuerfreie Vermietung 1/3
- Leistungen eines Gebärdendolmetschers steuerfrei 1/4
- Umsatzsteuerbefreiung f. Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, gebrochene Beförderung oder Versendung 2/12
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 21 UStG; Umsätze aus Deutschkursen für Flüchtlinge und Migranten 2/13
- Überlassung von Inventar eines Pflege-heimes als Nebenleistung 3/6
- Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Über-tragung eines vermieteten Bürogebäude-komplexes durch einen Bauträger 3/7
- Unternehmereigenschaft bei Umwandlung eines Einzelunternehmens bzw. einer Perso-nengesellschaft in eine GmbH 4/5
- Vorsteuerabzug einer geschäftsleitenden Hol-ding; Organschaft: GmbH & Co. KG als juris-tische Person i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG 4/6
- Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Insol-venzverwalters 5/8
- Zeitlicher Rahmen für Berichtigung von Gut-schriften 5/9
- Umsatzsteuerbefreiung für die Umsätze aus negativen Einlagezinsen 6/5
- Steuersatz für Umsätze des Hotel- und Gast-stättengewerbes 8/9
- Rückwirkung einer Rechnungsberichtigung 10/7

Umwandlungssteuer

- Keine Einkünfteerminderung durch Übernahme-verlust bei Formwechsel 4/7

Zweitwohnungsteuer

- Keine Hamburger Zweitwohnungsteuer für eine aus beruflichen Gründen gehaltene Neben-wohnung eines Verheirateten 1/5